

über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe“, mit dem neue und weitreichende Möglichkeiten für eine erfolgreiche Kommunalpolitik erschlossen wurden.

Größere Rechte bedingen jedoch auch größere Pflichten. Diese Selbstverständlichkeit hat überall dort die Arbeit spürbar erleichtert und neue Kräfte mit einbezogen, wo es zu einer echten und langfristig angelegten Zusammenarbeit zwischen Volksvertretungen, Betrieben, Gewerkschaften, Ausschüssen der Nationalen Front und den Bürgern in den Wohngebieten gekommen ist. Viele gute Beispiele gibt es: in Zwickau-Stadt, wo zusätzlicher Wohnraum insbesondere für junge Eheleute gewonnen wurde; in Eisenach, wo die Renovierung des Kreiskrankenhauses zu einer Sache vieler ehrenamtlicher Helfer wurde. In den Berichtswahlversammlungen und Delegiertenkonferenzen sind Tausende weitere Beispiele dieser Art gewürdigt worden.

Dennoch wäre es völlig falsch, sich angesichts dieser erfreulichen Entwicklung in Selbstzufriedenheit zu wiegen. Es gibt noch in allen Städten und Gemeinden genügend Fragen, auf die der Bürger Antwort erheischt, und Probleme, die im Interesse der Gesamtheit erörtert werden müssen.

Alle Parteiorganisationen haben die Pflicht, die Beschlüsse der 10. Tagung des Zentralkomitees und die Festlegungen über den Wohnungsbau exakt zu erläutern. Sie besagen klar und eindeutig, daß wir das Wohnungsproblem in unserer Republik schrittweise bis 1990 lösen werden. Dieses Programm schließt die Werterhaltung vorhandener Bausubstanz sowie Um- und Ausbauten in vollem Umfang mit ein. Daraus geht klar hervor, daß es auch künftig objektiv nicht möglich sein wird, daß jeder Bürger eine Neubauwohnung erhalten kann. Aber alles wird getan, daß das Erbe kapitalistischer Wohnungspolitik durch das größte Investitionsvorhaben unserer Republik zum vorgegebenen Termin endgültig überwunden wird.

Offenes Ohr für jedes
Anliegen der Bürger

Müssen wir uns dabei auch auf einen längeren Zeitraum einrichten, so sind in anderen Bereichen Veränderungen unverzüglich und ohne Investitionen möglich. So hat der VIII. Parteitag neue Maßstäbe für die Arbeitsweise gesetzt, die alle sozialistischen Staatsorgane auszeichnen sollen. Das bedeutet, ein offenes Ohr für jedes Anliegen der Bürger zu haben und rasch und unbürokratisch darüber zu entscheiden. Dazu gehört auch, keine unerfüllbaren Versprechungen zu machen und notwendige Entscheidungen konsequent und parteilich zu erläutern. In keinem Fall darf das Vertrauen der Bürger in die Arbeit der örtlichen Organe gestört, dürfen die Grundsätze unseres Arbeiter- und Bauern-Staates verletzt und in Mißkredit gebracht werden. Jedes Beispiel, wo ein rat- und hilfeschuchender Bürger verärgert wird, ist schon ein Beispiel zuviel. Der einer jeden Volksvertretung und ihren Organen zustehende Kompetenzbereich darf nicht durch unberechtigte „Eingriffe von oben“ geschmälert werden.

Andererseits heißt das aber auch, daß alle Fragen der Bürger und Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung dort entschieden werden müssen, wo die größte Sachkenntnis vorhanden ist und die durch Gesetz geregelte Verantwortung liegt. Dieses Prinzip wird häufig jedoch erst mit einem gewissen „Verzögerungseffekt“ wirksam. Wie drückt sich das aus?

Es ist kein Geheimnis, daß die Zahl der Eingaben zu örtlichen Problemen an zentrale Instanzen noch verhältnismäßig hoch ist. Meistens haben die betreffenden Bürger von dem für das Territorium zuständigen Organ auf ihr Anliegen eine sie unbefriedigende Antwort erhalten. Dabei beweist die Praxis, daß sich in der überwiegenden Zahl der Fälle an Ort und Stelle ein Weg findet, der den Antragsteller zufriedenstellt.

Die Kommunalwahlen 1974 sollen helfen, von dem unproduktiven Weg des Abschiebens von Entscheidungen an übergeordnete Organe wegzukommen. Das setzt voraus, daß der Bürger umfassend über die Zuständigkeiten und die Verantwortung der staatlichen Organe auf den verschiedenen Ebenen informiert wird. Das ist in erster Linie aber auch ein ideologisches Problem.